

Moria: Koalition streitet über Flüchtlinge



Foto: Reuters / Alkis Konstantinidis

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos müssen tausende Menschen unter freiem Himmel schlafen. Was mit ihnen geschehen soll? Türkis und Grün finden hier nicht zusammen, auch wenn nicht alle in der ÖVP bei der harten Linie bleiben wollen.

Türkis-grüne Kluft

Soll Österreich geflüchtete Menschen aus dem abgebrannten Lager Moria aufnehmen? Darüber sind nicht nur ÖVP und Grüne uneins. Auch innerhalb des bürgerlichen Lagers gibt es immer mehr Christlich-Soziale, die hier nicht die Meinung von Sebastian Kurz teilen.

RUNDRUF: Birgit Baumann aus Berlin, Karin Riss, Walter Müller

Das Grüne regierende Konservative in der Asylpolitik wegen mangelnder Menschlichkeit die Leviten lesen, ist man gewohnt. Doch nun sorgt das Thema Moria für eine Umkehrung der Verhältnisse. So äußerte der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) am Freitag in Berlin seinen Unmut über die österreichischen Grünen. Dass Österreich keine Flüchtlinge aufnehmen wolle, sei „im Hinblick auf die Beteiligung einer bestimmten Partei in der Regierung etwas überraschend“. Denn von den Grünen in Deutschland habe er „nachdrückliche Briefe“ bekommen, sie drängen auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria. Seehofer: „Wenn wir dann feststellen, dass ausgerechnet dort, wo die Grünen beteiligt sind, diese Bereitschaft fehlt, ist es schwierig.“

Tiefer Graben

Blick nach Österreich: Da stehen ÖVP und Grüne tatsächlich wieder vor ihrer zentralen Bruchlinie – wie schon im März, wenige Monate nach der Angelobung der Regierung. Damals wie heute spaltet die Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen im griechischen Lager Moria die Koalition. Dass ÖVP und Grüne beim Thema Migration nicht zusammenfinden, kommt nicht überraschend, jedenfalls seit Sebastian Kurz das Ruder in der Partei übernommen hat. Eine Vorahnung hatte der heutige Sozialminister Rudolf Anschober bereits bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2019: „Zwischen Türkis und Grün liegen in Sachen Migration noch Welten“, erklärte er damals. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Kanzler und die ÖVP-Regierungsriege wollen keinen Millimeter von ihrer Linie abweichen und weder Familien noch unbegleitete Kinder aufnehmen. Die Grünen können da nicht mit. Doch das Argument, es sei immer noch besser mitzuzugie-

ren und zumindest mitzugestalten, als die Türken mit anderen ihr Programm durchziehen lassen, scheint jetzt, wo das Lager abgebrannt ist und die Menschen unter freiem Himmel schlafen müssen, kaum noch haltbar.

Aber auch in der ÖVP rumort es gewaltig. Immer mehr ÖVP-Ortschefs melden sich zu Wort, weil sie gänzlich anderer Meinung sind als die Parteifreunde im Bund. Auch im Gespräch mit dem STANDARD üben mehrere christlich-soziale Bürgermeister offene Kritik. Der Bregenzer Michael Linhart etwa sagt, er würde es „begrüßen, wenn hier ein Zeichen gesetzt würde“. Und er wähnt sich nicht alleine: „Ich orte eine große Unzufriedenheit im bürgerlichen Lager.“ Herbert Brunsteiner, Bürgermeister von Vöcklabruck, ist einer von ihnen. Er findet, der Umgang mit geflüchteten Menschen sei „ein Armutszeugnis für die EU“. Nachsatz: „Ich finde das auch von meiner Partei nicht in Ordnung.“ Österreich sei reich genug, habe Platz genug, um zumindest einige der 13.000 Menschen aufzunehmen. Weil auch er viele kennt, die das ähnlich se-

„Es geht um einen menschlichen Zugang bei dieser Problematik.

Immer nur wegschauen geht auch nicht. Ich denke da als Mensch und Christin.“

Silvia Karelly, ÖVP

hen, sagt er: „Ich glaube nicht, dass die Bundespartei das durchhalten wird.“

Nicht jeder traut sich lautstark nach vorn. Wie schwer die Sache im konservativen Magen liegt, zeigt sich mitunter auch im Stillen. Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl etwa lässt ausrichten: „Wir melden uns dazu nicht zu Wort.“ Andere reagieren lieber gar nicht, gefragt nach ihrer Position. Mutiger ist die steirische Landtagsabgeordnete und ÖVP-Bürgermeisterin der Gemeinde Feldbach, Silvia Karelly. Sie sieht „kein Problem“, zwei oder drei Familien in ihrer Gemeinde zu versorgen. „Es geht um einen menschlichen Zugang bei dieser Problematik. Immer nur wegschauen geht auch nicht. Ich denke da als Mensch und Christin, da ist es ein Bedürfnis zu helfen.“ Auch sie fügt hinzu, sie wisse, dass viele in ihrer Partei „einen humanen Zugang in dieser Frage haben“. Wie sie die Worte von Außenminister Alexander Schallenberg empfunden habe, der in der ZiB 2 erklärt hat, „wenn wir das Lager Moria füllen, ist es gleich wieder gefüllt“, also könne „das Geschrei nach Verteilung“ nicht die Lösung sein? „Sie hören meinen tiefen Seufzer“, sagt Karelly.

Wo die ÖVPLer seufzen, wird die grüne Klubchefin Sigi Maurer deutlich, ebenfalls in der ZiB 2: Sie sei „erschrocken über dieses Wording“ und halte es „für einen Außenminister für unwürdig“. Das Argument, wenn man den Menschen, die sogar ihre letzte Bleibe verloren haben, mit Menschlichkeit begegne, folgten unzählige andere Flüchtlinge nach, ist für Maurer „absolut zynisch“. Sie hält das für „eine bequeme Ausrede, um nicht helfen zu müssen“. Im Büro Schallenbergs will man das nicht mehr kommentieren.

Doch die Grünen legen weiter nach. Georg Willi, grüner Bürgermeister von Innsbruck, kann über den Außenminister nur den Kopf schütteln: „Ich verstehe ihn nicht. Der war auf der ganzen Welt unterwegs, aber was er jetzt

über die Flüchtlingssituation im abgebrannten Lager Moria gesagt hat, hat mich tief in die Knochen erschüttert. Wo ist nur die Zivilisation hin?“, fragt Willi. Er wünsche sich, dass „die echten Schwarzen, die aufrechten Christlich-Sozialen in der ÖVP“ aufstehen. Die Stadt könne in jedem Fall 200 Kinder aufnehmen, dazu gebe es bereits einen Beschluss aller Parteien – auch der ÖVP.

Auch zahlreiche NGOs und Kirchenvertreter setzen sich für die Aufnahme der Flüchtlinge ein. Sogar die *Kronen Zeitung* sorgt für argumentativen Rückenwind. Ob sich die Türken bewegen werden? Wenn es hart auf hart mit dem grünen Partner kommt, steht im Koalitionspakt die Möglichkeit eines koalitionsfreien Raumes – ein wohlweislich vorgesehener Krisenmodus, mit dem sich die ÖVP in Sachen Migration sogar parlamentarische Seitensprünge mit der FPÖ erlauben könnte.

Seehofer entdeckt die Nächstenliebe

Deutschland nimmt nun doch Flüchtlinge auf. Zunächst hatte sich Seehofer, der nun so über die österreichischen Grünen ätzt, drei Tage lang auf Tauchstation begeben. Von einem Engagement Berlins war kurz nach dem Brand in Moria noch keine Rede gewesen. Doch der Druck wuchs auch in den eigenen Reihen. CSU-Entwicklungshilfeminister Gerd Müller forderte eine humanitäre Geste Deutschlands, ebenso 16 Abgeordnete von CDU und CSU, in deren Appell von 5000 Geflüchteten die Rede war, die Deutschland „notfalls“ allein aufnehmen könne. Am Donnerstag erklärte dann Kanzlerin Angela Merkel nach einem Treffen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, dass zehn EU-Länder 400 unbegleitete Minderjährige aufnehmen wollen, 100 bis 150 davon sollen noch im September nach Deutschland kommen. Das sei, so Seehofer, ein „ganz konkretes Beispiel praktizierter Nächstenliebe“.

Moria: Faktencheck Fluchtfaktoren



Foto:AFP / Angelos Tzortzinis

Essensverteilung in einem griechischen Insellager. Wer Asylsuchenden helfen will, droht von ihnen überrannt zu werden, meinen etliche Politiker in der EU. Flüchtlingshelfer und das UNHCR widersprechen.

Gibt es den Pull-Effekt?

Die ÖVP lehnt jegliche Aufnahme von Flüchtlingen – auch von unbegleiteten Minderjährigen – kategorisch ab. Dies würde weitere Flüchtlinge nach Österreich ziehen. Die Annahme eines solchen Pull-Effekts bestimmt die EU-Politik, ist aber höchst umstritten.

ÜBERBLICK: Irene Brickner

Für Außenminister Alexander Schallenberg ist es eine gegebene Sache: Würde Österreich aus Lesbos einige Flüchtlinge aufnehmen, die nach der Zerstörung des dortigen Lagers Moria durch eine Serie von Bränden auf den Straßen, in den Feldern und an den Stränden campieren, so würde dies einen Pull-Effekt nach sich ziehen: Weitere Flüchtlinge würden sich aus der Türkei auf den Weg machen, von der Hoffnung beseelt, es wie die nach Österreich gebrachten Menschen vielleicht doch von einer griechischen Insel in ein anderes EU-Land zu schaffen.

„Wir müssen jetzt versuchen, nicht Signale auszusenden, die zu einer Kettenreaktion führen, derer wir nicht mehr Herr werden“, sagte Schallenberg am Mittwoch im Interview mit Armin Wolf in der ZIB2. Österreich werde anders als durch Übersiedlungsaktionen helfen – etwa Decken, Zelte und Container für die Hilfe vor Ort schicken.

Theorie aus den 1960ern

Da stand sie erneut im Raum, die Theorie von der großen Anziehungskraft Europas, die flucht- und einwanderungsbereite Menschen dazu bewege, auch die kleinste Chance zu nutzen, um in die EU zu gelangen – und hier in die mittel- und nordeuropäischen Staaten weiterzureisen. Die Vorstellung, dass Wanderungsphänomene nach dem Prinzip des Push (Wegdrücken) und Pull (Anziehen) funktionieren, stammt dabei aus der ökonomisch motivierten Migrationstheorie des US-Amerikaners Everett S. Lee aus den 1960er-Jahren.

Seit Längerem verwendet man sie aber auch, um die Dynamik von Fluchtbewegungen zu umschreiben. Das stößt auf Kritik. Der Komplexität von Auswanderungs- und Fluchtentscheidungen werde das Modell keineswegs gerecht, sagt etwa Herbert Langthaler von der österreichischen Asylkoordination.

Auf die aktuelle Situation auf Lesbos bezogen, wo laut einem internen UNHCR-Bericht vom Freitag 11.500 Asylsuchende, darunter 2200 Frauen und 400 Kinder, ohne ein Dach über den Kopf ausharren, hat die Message von der notwendigen Vermeidung eines Pull-Effekts moralisch fragwürdige Konsequenzen. Wer Gutes tun wolle und wie Deutschland, Frankreich oder die Niederlande bereit sei, Menschen aus Lesbos aufzunehmen, riskiere

damit über kurz oder lang, überrannt zu werden, besagt sie.

Also lasse man besser die Finger von Umsiedlungsangeboten. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz und seine türkise oder türkische Minister- und Ministerinnenriege treten sie mit Vehemenz.

Interne EU-Quellen

Kurz und seine Leute können sich dabei auf eine Reihe EU-interner und einzelstaatlicher offizieller Quellen stützen, die einen direkten Zusammenhang zwischen den Hilfsangeboten an Flüchtlinge und der Zahl Ankommender zu belegen scheinen. Bei den aktuellen Plänen für eine Reform des EU-Migrations- und Asylregimes spielen sie eine wichtige Rolle.

Laut Papern des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, Easo, sowie sicherheitspolitischen Unterlagen aus dem Umfeld der EU-Kommission sind etwa die Todeszahlen auf der Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer von Libyen oder Tunesien nach Italien massiv gesunken, seit es dort keine offiziellen

Rettungsmissionen mehr gibt. Kein Mensch steige mehr in Libyen in ein Schlauchboot, meint ein mit diesen Berichten beschäftigter Experte. Stattdessen kämen nun an den italienischen Gestaden seetüchtige Holzboote aus Tunesien an.

Asylkoordinationsexperte Langthaler meldet hier Zweifel an. Mangels Rettungsmission habe derzeit niemand im zentralen Mittelmeer den Überblick, schon gar nicht über die Zahl Ertrunkener: „Die einzige Stelle, die diesbezüglich seriös recherchiert, ist die Internationale Organisation für Migration IOM“, sagt er.

Griechische Polizeiberichte wiederum lassen vermuten, dass die Zahl der aus der Türkei auf den Inseln ankommenden Menschen um einiges größer sei als die Zahl der dortigen Lagerbewohner. Im Gegensatz zu den offiziellen Ansagen der vergangenen Tage, laut denen kein einziger ehemaliger Moria-Bewohner eine Chance habe, von Lesbos aufs griechische Festland übersiedelt zu werden, praktizierten die Behörden genau das. Das Wissen darüber spreche sich bis in die Türkei durch., weitere Flüchtlinge kämen nach. Das sei ein eindeutiger Pull-Effekt.

„Ideologische Scheuklappen“

Christoph Pinter, Leiter des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR in Österreich, weist das zurück. Der Pull-Effekt sei „einschwieriges Thema, das wissenschaftlich noch nicht richtig erforscht worden ist“, sagt er. Was die Motive für Fluchtbewegungen angehe, räumten UNHCR-Experten des Push-Faktoren eine weit wichtigere Rolle ein: „Die Umstände, die dazu führen, dass Menschen ihre Heimat verlassen“. Ideologische Hintergründe der Pull-Effekt-Diskussion wiederum erblickt der deutsche Europaminister Michael Roth (SPD). „Ich kann nur an alle appellieren, ideologische Scheuklappen endlich abzulegen“, sagte er in Richtung Österreich.

Brand in Flüchtlingslager Moria

12.700 Migranten brauchen neue Unterkünfte



Quelle: APA | DER STANDARD

Auf die aktuelle Situation auf Lesbos bezogen, hat die Message von der Vermeidung eines Pull-Effekts moralisch fragwürdige Konsequenzen.

Moria: Das griechische Dilemma

Die Asche von Moria

Nach dem verheerenden Brand im Flüchtlingslager sind tausende Kinder ohne Dach über dem Kopf.

Die griechischen Behörden kämpfen an mehreren Fronten: Sie müssen die Pandemie eindämmen – und die richtigen Signale aussenden.

ANALYSE: Adelheid Wölfl



Hunderte Familien sind nach dem Brand im Lager Moria obdachlos. Die Regierung will neue Zeltlager errichten, die lokale Bevölkerung versucht dies zu verhindern, und die Migranten wollen aufs Festland.

Sie schlafen am Straßenrand, auf den Parkplätzen von Supermärkten und in Olivenhainen. Manche haben sich aus Zweigen einen Unterstand gebastelt. Nach dem katastrophalen Brand im Flüchtlingslager Moria in der Nacht auf Mittwoch sind tausende Menschen, darunter viele Kleinkinder, obdachlos. Durch einen weiteren Brand in der Nacht auf Donnerstag wurden praktisch alle Unterkünfte von etwa 12000 Menschen zerstört. Die Brände wurden von Migranten gelegt, weil sie die Quarantäneregeln nicht mehr einhalten wollten. Zuvor waren 35 Personen positiv getestet worden.

Wie durch ein Wunder ist niemand ums Leben gekommen, aber die Hitze und der Mangel an Wasser, Toiletten und Schlafplätzen setzen vor allem den vielen Familien mit oft sehr kleinen Kindern zu. Diese Kinder sind im Lager Moria seit Jahren menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt. Zurzeit können die Eltern ihnen nicht einmal ein schützendes Zeltdach bieten, selbst wenn die Sonne nun auf den Asphalt der Parkplätze brennt.

Die Behörden kämpfen an vielen Fronten. In erster Linie müssen sie eine Grundversorgung für die verstreut campierenden Migranten bereitstellen, zudem Pläne entwerfen, wie man trotz des Chaos die Pandemie eindämmen kann – das Lager Moria stand unter Lockdown. Dazu müssen sie für neue

Unterkünfte sorgen und die Leute davon überzeugen, dass sie diese auch beziehen.

406 Minderjährige – viele Jugendliche aus Afghanistan – wurden Mittwochnacht und am Donnerstag unter anderem wegen der Interventionen von EU-Staaten nach Thessaloniki geflogen und in Nordgriechenland untergebracht. Sie wurden zuvor getestet, um sicherzustellen, dass sie nicht mit Covid-19 infiziert sind. Sie bleiben zehn Tage in Quarantäne. Unklar ist, ob diese Jugendlichen einen positiven Asylbescheid haben. Einige EU-Staaten wollen sie jedenfalls aufnehmen.

Umsiedlung nur mit Flüchtlingsstatus

Auf ihre Umsiedlung in andere EU-Staaten warten viele andere in den Camps oder Wohneinheiten auf dem Festland – oft bereits seit etlichen Jahren. Denn umgesiedelt werden dürfen eigentlich nur anerkannte Flüchtlinge mit besonderem Schutzbedarf. All die anderen Migranten, die vor den Flammen in Moria geflüchtet sind, müssen ohnehin auf der Insel bleiben, weil die Gesundheitsbehörden verhindern wollen, dass das Virus weitergetragen wird. Und weil die Regierung keine kontraproduktive Botschaft aussenden will.

Sie möchte tunlichst verhindern, dass viele Migranten glauben, dass auch sie nun aufs Festland gelangen können – und dass das Anzünden von Zelten Schule machen könnte.

Am Freitag skandierten tausende Migranten „Lasst uns gehen“, nachdem sie sich auf der Straße neben dem Vorzeigelager Kara Tepe, in dem die bedürftigsten Gruppen untergebracht sind, versammelt hatten. Polizeikräfte versuchten, die Leute zurückzuhalten. Einige hielten Schilder in der Hand, auf denen um Hilfe aus Deutschland gebeten wurde.

Gleichzeitig wurden neue Zelte für die obdachlos gewordenen Migranten aufgebaut. Mit Schiffen wurden gepanzerte Fahrzeuge mit Wasserwerfern und Absperrgitter für die Polizei auf die Insel gebracht. Polizeikräfte werden eingeflogen. Die Sorge ist groß, dass die Situation außer Kontrolle gerät.

Denn auch viele Bürger von Lesbos wollen, dass die Flüchtlingslager auf der Insel aufgelöst werden und die Migranten weggebracht werden. Sie wehren sich dagegen, dass neue geschlossene Camps auf der Insel errichtet werden – aus Furcht, dass dies weiterhin Touristen abschrecken könnte. In Athen räumt man ein, dass man sich in dieser Frage bisher nicht durchsetzen konnte.

Weg nach Mitteleuropa versperrt

Die konservativ geführte Regierung steht aber den Mitteleuropäern im Wort. Deshalb sollen die Lager bleiben. Denn die Flüchtlingscamps auf den ägäischen Inseln, in denen Migranten oft monatelang, manchmal jahre-

lang warten müssen, bis sie überhaupt in ein Asylverfahren eintreten können, dienen auch als Signal der Abschreckung.

Potenziellen Migranten – etwa in Afghanistan – soll vermittelt werden, dass sie im Lager Moria warten werden müssen und dass damit auch der Weg nach Mitteleuropa für Jahre versperrt bleibt.

Pushbacks auf dem Wasser

In den vergangenen Monaten kamen kaum mehr Migranten und Flüchtlinge nach Lesbos, einerseits wegen der Pandemie, andererseits weil die griechische Küstenwache viel mehr Patrouillen durchführt und verhindert, dass Dingis, also Gummiboote, mit Migranten von türkischen in griechische Gewässer gelangen. Immer wieder gibt es Berichte, dass maskierte Männer – offensichtlich von der Küstenwache – die Boote zurückdrängen. Die Situation ähnelt der oft brutalen Zurückweisung von Migranten an der bosnisch-kroatischen Grenze – nur eben auf dem Wasser.

Gerade weil es viel weniger Neuankömmlinge gibt, konnten in den vergangenen Wochen und Monaten tausende Migranten und Flüchtlinge von Lesbos aufs Festland gebracht werden. Im Camp Moria waren zum Zeitpunkt des Brands deshalb kaum mehr unbegleitete Minderjährige, sondern fast nur mehr Familien. Ihr Schicksal bleibt ungewiss.

PULS 4

DIENSTAG 20:15

The Masked Singer Austria

Welcher Star steckt hinter der Maske?